

Auf einen Blick

7 Vorschläge für verbesserten Katastrophenschutz

Ausgangslage

Die Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen wirft Fragen auf, wie das Ausmaß der Katastrophe hätte verhindert werden können. Einige Ansatzpunkte für zügige Verbesserungen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sind offensichtlich.

Bitkom-Bewertung

Es ist kompliziert: Ein hochkomplexes, ebenenübergreifendes Hilfeleitsystem erschwert den Informationsaustausch und die Koordinierung zwischen den Beteiligten im Krisenfall. So schätzten die zuständigen nationalen Behörden die insgesamt 25 fortlaufend aktualisierten Warnhinweise des Europäischen Flutwarnsystem Efas sowie die des Deutschen Wetterdienstes unterschiedlich in ihrer Intensität ein. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) veröffentlichte ebenfalls zahlreiche Warnmeldungen. Divergierende Einschätzungen der Länder, Landkreise und Kommunen führten jedoch dazu, dass die Intensität der Warnung unterschiedlich an die Bevölkerung weitergegeben wurde. Die bundeseigene Warn-App NINA meldete ab dem 14. Juli 95 Warnungen aus Anlass der Starkregen- und Hochwasserereignisse, 16 davon mit der höchsten Gefahrenstufe. Sie ist ein wichtiges Medium, ausgebaut für 40 Millionen Personen, tatsächlich genutzt wird sie jedoch nur von neun Millionen. Die zusammengebrochenen Mobilfunksysteme werden derzeit unter Hochdruck durch die Netzbetreiber wiederaufgebaut. Herausfordernd bleiben teilweise großflächige Stromausfälle und nicht passierbare Zufahrtswege.

Das Wichtigste

Dieses Papier konkretisiert in den folgenden drei Bereichen Verbesserungsvorschläge für den deutschen Katastrophenschutz:

- **Warn-App bekanntmachen, Funktionen nachbessern und Bevölkerung sensibilisieren**
- **Zusätzliche analoge und digitale Verbreitungswege von Warnhinweisen einbeziehen**
- **Warnpraxis in staatlichen Abläufen verbessern und Digitalisierung vorantreiben**

Bitkom-Zahl

40 Millionen

Personen könnten über die Warn-App NINA gewarnt werden, tatsächlich genutzt wird die App aber nur von rund 9 Millionen Menschen (laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Inneres, Heimat und Sport)

Stellungnahme

7 Vorschläge für verbesserten Katastrophenschutz

27. Juli 2021

Seite 1

Ausgangslage

Nach den entsetzlichen Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen Bayern und Sachsen werden Fragen laut, ob ihre massiven Auswirkungen hätten verhindert oder abgemildert werden können. Für eine umfassende Auswertung von Schwachstellen in der Warnkette und Mobilfunkversorgung ist es noch zu früh, zumal aktuell die Suche nach Vermissten und Soforthilfen im Vordergrund stehen. Einige Ansatzpunkte für zügige Verbesserungen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sind jedoch offensichtlich.

Hinsichtlich der Nutzung von Warn-Apps, der Rolle der Mobilfunkversorgung im Krisenfall und der Digitalisierung und Verbesserung von Verwaltungsprozessen macht dieses Papier sieben konkrete Vorschläge.

1 Bekanntheit der Warn-App NINA jetzt erhöhen

Die aktuelle Diskussion muss genutzt werden, um mit einer breit angelegten, öffentlichkeitswirksamen Kommunikationskampagne zum Download der bundeseigenen Warn-App NINA aufzurufen. Ähnlich wie bei der Vermarktung der Corona-App können hier Akteurinnen und Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft miteinbezogen werden. Statt der aktuell 9 Millionen Nutzerinnen und Nutzer müssen die Kapazitäten für 40 Millionen ausgeschöpft werden.

2 Keine Parallelstrukturen bei Warn-Apps

Eine effektive Warnkette und eine große Reichweite gelingen nur, wenn sich Bund und Länder auf eine zentrale Warn-App verständigen. Zusätzliche App-Angebote von Bundesländern, Landkreisen und weiteren gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren sorgen für Verwirrung und schmälern die Reichweite von lebenswichtigen Warnhinweisen.

Bitkom
Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Dr. Christian Weber
Bereichsleiter Öffentliche
Sicherheit & Verteidigung
T +49 30 27576-136
c.weber@bitkom.org

Elisabeth Allmendinger
Referentin Bildungspolitik &
Public Affairs
T +49 30 27576-127
e.allmendinger@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Stellungnahme

7 Vorschläge für verbesserten Katastrophenschutz

Seite 2|4

3 Lokale Spezifizierung der Hochwasserwarnungen in NINA-App

Derzeit werden wichtige Informationen zu Hochwassern in der NINA-App nur auf Ebene der Bundesländer veröffentlicht. Das heißt beispielsweise, dass eine Nutzerin in Bielefeld die gleiche NRW-weite Hochwasserwarnung wie ein Nutzer in Erfstadt erhält. Lokalere Informationen werden über die NINA-App nicht verbreitet, obwohl meteorologische Daten und Warnungen des Deutschen Wetterdienstes das zuließen. Diese Spezifizierung sollte dringend in die App integriert werden, sodass Nutzerinnen und Nutzer aktuelle, lokale Informationen abrufen können. So wird sichergestellt, dass Menschen Warnungen in ihrer Intensität ernst nehmen und kein Gewöhnungseffekt eintritt.

4 Ergänzende Cell-Broadcast-Systeme einführen

Die NINA-App ist nicht das einzige Mittel, mit dem Behörden Menschen im Katastrophenfall warnen können. Ergänzend könnten staatlich finanzierte Cell-Broadcast-Systeme eingeführt werden, wie sie schon von anderen Staaten erfolgreich genutzt werden. Solche Systeme schicken allen Menschen innerhalb einer Funkzelle und damit lokal differenziert eine Nachricht aufs Handy – unabhängig von ihrer Mobilfunknummer, der Netzauslastung und der Installation einer App. Die Branche wird sich an einem Dialog zur Implementierung und Ausgestaltung des Verfahrens gern beteiligen. Die zuständigen Behörden sollten ihn koordiniert anstoßen.

5 Bereitstellung von öffentlichen WLAN-Hotspots

Für Krisen, die den Internetzugang einschränken, können öffentliche Einrichtungen WLAN-Angebote unter Nutzung von Satelliten-Verbindungen realisieren. Rheinland-Pfalz richtete beispielsweise in einigen Ortschaften schnell durch die Aufstellung von Satellitenschüsseln WLAN-Zugänge für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger ein.

6 Bauliche Maßnahmen für Katastrophenschutz durch digitale Verwaltungsprozesse beschleunigen

Der Bau von Auffangbecken oder Staudämmen, beziehungsweise die Umsetzung von Bauungsplänen für einen verbesserten Katastrophenschutz dürfen nicht durch langsame Verwaltungsprozesse ausgebremst werden. Gleiches gilt für den Wiederaufbau von Infrastruktur und Gebäuden. Um auch in Krisenzeiten die politische sowie wirtschaftliche Handlungsfähigkeit zu erhalten, bedarf es einer Digitalisierung und Modernisierung von Bund, Ländern und Kommunen. Das bedeutet: Digitale Technologien müssen auch

Stellungnahme 7 Vorschläge für verbesserten Katastrophenschutz

Seite 3|4

im Bereich Katastrophenschutz dringend genutzt werden, um Verwaltungsverfahren zu beschleunigen und staatliche Akteure in ihrer Aufgabenwahrnehmung zu stärken.

7 Pläne zu »Kompetenzzentrum« beim BBK schnell vorantreiben und Strukturen digitalisieren

Die von Bundesinnenminister Horst Seehofer und BBK-Präsident Armin Schuster im März vorgestellten Pläne für ein neues »Kompetenzzentrum« beim BBK, in dem alle im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz relevanten Akteurinnen und Akteure von Bund und Ländern zusammenarbeiten, müssen schnell vorangetrieben werden. Statt auf den nächsten Alarmtag im September 2022 zu warten, braucht es mehr Tempo. Wichtig ist dabei, dass bei der Errichtung eines Kompetenzzentrums digitale und standardisierte Kommunikations- und Arbeitsprozesse direkt mitgedacht und umgesetzt werden.

Stellungnahme

7 Vorschläge für verbesserten Katastrophenschutz

Seite 4|4

Bitkom vertritt mehr als 2.700 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 2.000 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 500 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.